

Niederschrift Nr. 11

über die **öffentliche** Sitzung
des Amtsausschusses des Amtes Kirchspielslandgemeinden Eider
am Montag, 18. Mai 2015, im Hotel Lindenhof, Lunden

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:45 Uhr

Anwesend sind:

Herr Helmut Meyer als Vorsitzender
Herr Klaus-Dieter Holm
Herr Uwe Harbeck
Herr Volker v.d. Heyde als Stellvertreter für Herrn Jörg Patt
Herr Jürgen Bonde als Stellvertreter für Herrn Dieter Noroschadt
Herr Thorsten Eggers
Herr Hans-Peter Maaß
Frau Angela Stöcken als Stellvertreterin für Frau Gabriele Beetz
Frau Ursula Rink
Frau Helmi Rau
Herr Werner Oetjens
Herr Herbert Voss
Herr Jens Peters
Herr Norbert Rohwedder
Frau Birgit Meier
Herr Kurt Kring
Herr Rolf Thiede (bis TOP 5, 21.30 Uhr)
Herr Volker Lorenzen
Frau Marie-Luise Witt
Herr Norbert Arens
Herr Jens Uwe Franck
Herr Hans-Peter Witt
Herr Jens Peter Wiborg
Herr Ronald Petersen
Herr Ernst Schnepel
Frau Daniela Donarski
Herr Peter Scheldorf
Herr Tjark Schütt
Herr Heino Grimm
Herr Hans Hermann de Freese
Frau Karin Wrage
Herr Dieter Grimm
Herr Jens Lahrsen
Herr Jörn Walter
Herr Peter Ahrens
Frau Anne Riecke
Herr Jochen Block
Herr Manfred Lindemann
Herr Dieter Kurzke
Frau Elke Jasper

Entschuldigt fehlen:

Herr Jörg Patt
Frau Gabriele Beetz
Herr Dieter Noroschadt

Als Gäste anwesend:

Herr Sander und Herr Convertini, Schulleitung der Eiderlandschule
Frau Altrock und Herr Carstens, Schulleitung der GGS Tellingstedt
Herr Feldheim und Herr Penthin, Lokalportal
ca. 165 Einwohner/-innen

Von der Verwaltung:

Frau Petra Tautorat, Geschäftsbereichsleiterin IV
Herr Jens Kracht, Geschäftsbereichsleiter I
Herr Fred Johannsen, LVB und Protokollführer

Vor Beginn der Sitzung spricht der Amtsvorsteher Dieter Grimm seine Würdigung für 25 Jahre als Ehrenbeamter aus.

Die Beschlussfähigkeit der Versammlung wird festgestellt. Die Einladung ist frist – und formgerecht erfolgt. Einwände werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Vorsitzende, diese um nachfolgende Tagesordnungspunkte zu erweitern:

6. Informationsblatt des Amtes KLG Eider
13. Grundstücksangelegenheiten; Genehmigung eines Kaufvertrages

Die Erweiterung wird einstimmig genehmigt. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Der Vorsitzende stellt weiterhin den Antrag, die Öffentlichkeit für den Tagesordnungspunkte 12 „Personalangelegenheiten“ und 13 „Grundstücksangelegenheiten; Genehmigung eines Kaufvertrages“ auszuschließen, weil berechtigte Einzelinteressen berührt werden. Das Wort zum Antrag wird nicht gewünscht. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 10 vom 26.03.2015
3. Mitteilungen
 - a) des Amtsvorstehers
 - b) der Ausschussvorsitzenden
 - c) des leitenden Verwaltungsbeamten
4. Beratung und Beschlussfassung über den Erhalt der Sekundarstufe an der Eiderlandschule in Lunden
5. Beratung und Beschlussfassung über den Grundschulstandort Lehe
6. Informationsblatt des Amtes KLG Eider
7. Beratung und Beschlussfassung über die Gewährung eines Eigenanteils für das Mobilitätskonzept der Gebietskulisse LAG Aktiv Region Eider-Treene-

- Sorge e.V.
8. Auftragsvergabe für die Fenstersanierung Teil II an der GGS Tellingstedt
 9. Bekanntgabe der Submissionsergebnisse für den Erweiterungsbau am Amtsgebäude sowie Genehmigung der Auftragserteilung
 10. Beratung und Beschlussfassung über die Aufstockung des Zuschusses für die Schulsozialarbeit an der GGS Tellingstedt
 11. Eingaben und Anfragen

nicht öffentlich:

12. Personalangelegenheiten
hier: Einstellung eines Bürgerarbeiters an der Eiderschule Pahlen/Dellstedt
13. Grundstücksangelegenheiten; Genehmigung eines Kaufvertrages

TOP 1. Einwohnerfragestunde

Frau Rita Hinrichs vom Landfrauenverein Tellingstedt fragt u.a. nach, warum die Einstellung des Informationsblattes des Amtes Eider nicht in den entsprechenden Gemeindevertretungen diskutiert wurde. Des Weiteren übergibt sie 2.500 Unterschriften für den Erhalt des Blattes.

Herr Amtsvorsteher Meyer teilt mit, dass das Amt KLG Eider mit dem Linus-Wittich-Verlag seinerzeit Vertragspartner war. Insofern hat das Amt über die Fortführung des Vertrages zu befinden. Derartige Angelegenheiten sind nicht Gegenstand von Beratungen in den Gemeindevertretungen.

Frau Sandra Neukamp vom Netzwerk Kleine Dorfschulen e.V. gibt ein Statement zum Erhalt kleiner Dorfschulen ab und fragt zum Schluss, mit wie viel Schulkostenbeiträgen für abgemeldete Grundschüler der Schulträger rechnet.

Herr Amtsvorsteher Meyer erklärt, diese Frage nicht beantworten zu können.

Die Frage von Herrn Willi Köster zum Beginn der geplanten Regionalkonferenz am 08.06.2015 wird dahingehend beantwortet, dass die Veranstaltung um 19 Uhr beginnt. Leider ist im Programmablauf ein Schreibfehler unterlaufen, der den Beginn mit 18 Uhr ausweist.

Die Herren Dieter Beuse, Ulf Meislahn und Ties Rolfs plädieren für den Erhalt der Sekundarstufe in Lunden und der Grundschule in Lehe und bitten darum, weiter mit den Eltern in Kontakt zu bleiben, da im Falle einer Schließung sich wegen Schulabmeldungen Auswirkungen z.B. auf Vereinsmitgliedschaften usw. ergeben können. Dies müsste im Interesse des ländlichen Zentralortes vermieden werden.

Herr Dr. Fedosejevs bittet darum, für den Fall, dass die Schließung des Sekundarbereiches in Lunden beschlossen werden sollte, als Empfehlung die Prüfung der Wiedereinrichtung mitzunehmen. Fragen nach dem möglichen Schülertransport nach Hennstedt werden beantwortet, ebenso, dass zum neuen Schuljahresbeginn die geplanten Schulmaßnahmen umgesetzt werden sollen.

Die Anfrage zur Kostenverteilung des Informationsblattes wird von Herrn Johannsen beantwortet.

TOP 2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 10 vom 26.03.2015

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Amtsausschusses vom 26.03.2015 wird genehmigt.

Stimmenverhältnis:

39 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung.

TOP 3. Mitteilungen

Herr Jörn Walter moniert, keine Sitzungsvorlagen erhalten zu haben. Er bittet die Verwaltung dafür Sorge zu tragen, dass das nicht wieder vorkommt.

a) des Amtsvorstehers

- Der Amtsvorsteher verliest das Antwortschreiben des Landes Schleswig-Holstein auf die Resolution des Amtes KLG Eider gegen Fracking.
- Er informiert über die am 08.06.2015 geplante Regionalkonferenz hier in Lunden im Hotel Lindenhof 1887.
- Weiterhin weist er auf die Aktivitäten des Landes Schleswig-Holstein hin, die kommunalen Schulträger als Anstellungsträger für die geplanten Schulassistenten zu gewinnen. Dies wird seitens des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages kritisch gesehen.

b) der Ausschussvorsitzenden

- Seitens der Ausschussvorsitzenden wird lediglich vom Vorsitzenden des Bauausschusses über die Sitzung am 28.04.2015 kurz berichtet.

Im Anschluss erteilt der Vorsitzenden den Herren Feldheim und Penthin das Wort zur Vorstellung des Lokalportals. Die Herren erläutern, dass es sich beim Lokalportal um eine regional begrenzte Informationsplattform handelt, die kostenlos von Privatbürgern, Vereinen, Verbänden und Institutionen sowie Kommunen genutzt werden kann. Es ist beabsichtigt, demnächst noch eine detaillierte Vorstellung den örtlichen Vereinen und Verbänden anzubieten.

Herr Meyer dankt den Herren Penthin und Feldheim.

c) des leitenden Verwaltungsbeamten

Um der landesweiten Herausforderung der Anzahl der Asylsuchenden gerecht zu werden, beabsichtigt die Landesregierung u.a. ab dem 01. Juli 2015 eine einmalige Integrationspauschale von 900 € pro in der Kommune ankommenden Flüchtling an die kreisfreien Städte und über die Kreise zur unmittelbaren Weiterleitung an die kreisangehörigen Kommunen zu gewähren. Damit sollen die Forderungen zu Betreuungskosten und zur Erstattung der Personalkosten der Kommunen sowie im Weiteren den Kosten des Winterabschiebestopps, den Erstattungskosten für den Verwaltungsaufwand der gesetzlichen Krankenversicherung im Zusammenhang mit der Gesundheitskarte, den Verwaltungskosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, den Kosten der Kinderbetreuung und zu einer Mittelerhöhung der Migrationssozialberatung abgegolten sein.

TOP 4. Beratung und Beschlussfassung über den Erhalt der Sekundarstufe an der Eiderlandschule in Lunden

Der Amtsvorsteher Meyer führt in die Thematik ein, indem er folgenden Sachverhalt der versandten Sitzungsvorlage allen Anwesenden verliest.

Die Schülerzahlen für den Sekundarbereich am Standort der Eiderlandschule in Lunden sind stark zurückgegangen. Die Schulleitung hat den Schulträger Mitte März über diese Zahlen informiert. Seinerzeit konnte erkannt werden, dass nur 13 Anmeldungen für die zukünftige 5. Klasse vorliegen. Die zukünftige 10. Klasse wird aller Voraussicht nach nur 10 Schülerinnen und Schüler aufweisen. Für einen pädagogisch wertvollen Unterricht einschl. Förderung und Differenzierung werden pro Klasse mindestens 25 Schülerinnen und Schüler benötigt, weil der Faktor der Lehrerstunden pro Schüler eine Unterrichtsversorgung nach der Kontingentstundentafel erst dann ermöglicht. Diese Zahl ist in den jetzigen Klassen schon nicht vorhanden.

Eine Lösung für den Erhalt des Sekundarbereichs in Lunden könnte ein jahrgangsübergreifender Unterricht sein. Voraussetzung für den jahrgangsübergreifenden Unterricht ist ebenfalls eine Mindestklassengrößenzahl von 25 Schülerinnen und Schülern.

Nach dem jetzigen Stand der Schülerzahlen (05.05.2015) werden in den Klassen 5/6 29 Kinder sein, in der Klassenstufe 7/8 24 Kinder und in der Klassenstufe 9/10 39 Kinder. Die Androhung der Abmeldung von fünf weiteren Kindern steht im Raum. Sollte sich diese Zahl bestätigen, würden nur noch 87 Kinder im Sekundarbereich verbleiben.

Die Problematik des jahrgangsübergreifenden Unterrichts wurde in den letzten gemeinsamen Sitzungen des Schul – und des Haupt- und Finanzausschusses ausführlich beleuchtet. Als kritisch muss angesehen werden, dass sich das Konzept des jahrgangsübergreifenden Unterrichts nicht entwickeln kann, sondern aus der Not heraus geboren wird, um den Sekundarbereich mit aller Macht zu behalten. Ein Konzept für einen jahrgangsübergreifenden Unterricht muss erst noch erarbeitet und von der Schulkonferenz beschlossen werden. Die Lehrkräfte müssen vielfältige Fortbildungen absolvieren. Es fehlt hier die Zeit für Hospitation an anderen Schulen, um sich mit dieser Art des Unterrichts vertraut zu machen.

Als sehr positiv kann die Bereitschaft der Lehrkräfte und der Schulleitung hervorgehoben werden, trotz der vorgenannten Schwierigkeiten diesen Weg – wenn gewünscht – gehen zu wollen. Auch der Schulträger hat sich am Elternabend am 22.04.2015 dafür ausgesprochen, diesen Weg mitzugehen, wenn denn die Schülerzahlen stimmen. In der Zwischenzeit haben sich jedoch 22 Schülerinnen und Schüler plus der vakanten 5 Schülerinnen und Schüler abgemeldet. Dies könnte als Zeichen dahingehend gedeutet werden, dass die Akzeptanz bei den Eltern für den jahrgangsübergreifenden Unterricht nicht vorhanden ist bzw. die Eltern mit diesem Konzept nicht überzeugt werden konnten.

Es ist weiterhin anzumerken, dass die Eltern bis zum Schuljahresende (31.07.2015) Zeit haben, ihre Kinder bei der Schule ihrer Wahl anzumelden.

Die Gesamtschülerzahl von 92 bzw. 87 ist für die zukünftige Planung kritisch zu betrachten. Fraglich ist, ob die Einrichtung eines jahrgangsübergreifenden Unterrichts verlässlich auch für die Folgejahre angeboten werden kann. Sollte der jahrgangsübergreifende Unterricht nicht die Akzeptanz finden bzw. den Vorstellungen der Eltern und

Schülerinnen und Schülern entsprechen, besteht die Gefahr, dass weitere Abmeldungen erfolgen und die Entscheidung über die Schließung des Sekundarbereichs nur verzögert wird.

Auch für die geplante Umbaumaßnahme wäre eine klare Aussage notwendig. Die jetzige Planung basiert auf den Erhalt der Sekundarstufe einschließlich Förderschule und Grundschule. Wäre der Sekundarbereich nicht mehr vor Ort, würde sich zum einen die Förderschule erheblich verkleinern, zum anderen würde der Umbau anders konzipiert werden müssen, nämlich nur noch für eine Grundschule.

Alle Schülerinnen und Schüler können am Standort Hennstedt im Sekundarbereich beschult werden. Eine Busverbindung wird eingerichtet, es haben bereits Gespräche mit der Fa. Autokraft und dem Kreis Dithmarschen stattgefunden. Die Detailplanung kann allerdings erst dann vorangetrieben werden, wenn eine Entscheidung getroffen wird und bekannt ist, welche Schülerinnen und Schüler aus welchen Orten nach Hennstedt gebracht werden sollen. Die Schülerbeförderung wäre für die Schülerinnen und Schüler kostenfrei. Da Hennstedt die zuständige Schule wäre, würden die Schülerbeförderungskosten gemäß der bekannten Regelung zu zwei Drittel vom Kreis getragen werden. Die Fahrtkosten für die Fahrt an eine Schule außerhalb des Amtsbezirks werden vom Schulträger nicht getragen.

Zur rechtlichen Situation ist auszuführen, dass über die Schließung des Sekundarbereichs der Schulträger entscheidet. Dies ergibt sich aus §§ 59 i. V. m. 58 des Schulgesetzes. Die Auflösung des Sekundarbereichs bzw. die Einführung eines jahrgangsübergreifenden Unterrichts ist maßgeblich für den Schulträger, da die jeweilige Entscheidung weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen kann. Die Schulkonferenz ist anzuhören. Ein entsprechender Antrag nur für die Auflösung des Sekundarbereichs ist über die Schulrätin an das zuständige Ministerium zu leiten.

Zur Kostensituation ist anzumerken, dass bereits jetzt 56 Schülerinnen und Schüler aus dem Einzugsbereich Lunden andere Gemeinschaftsschulen außerhalb des Amtes KLG Eider besuchen. Dafür fallen momentan Schulkostenbeiträge in Höhe von 97.764,12 € an. Sollte der Sekundarbereich in Lunden geschlossen werden, ist zu befürchten, dass ein Großteil der Kinder an Gemeinschaftsschulen außerhalb des Amtes KLG Eider abwandert. Es könnten dann Schulkostenbeiträge je nach Schule von 1.336,- Euro bis hin zu 1.950,- Euro anfallen.

In einer gemeinsamen Sitzung des Schulausschusses- und des Haupt – und Finanzausschusses am 12.05.2015 wurde der Sachverhalt ausführlich beleuchtet und diskutiert, auch unter fachkundiger Begleitung von Herrn Dube, oberste Schulaufsichtsbehörde und der Schulrätin Frau Sing. Insgesamt konnte eine Mehrheit der Ausschussmitglieder nicht davon überzeugt werden, dass ein aus der Not geborener jahrgangsübergreifender Unterricht ein qualitativ hochwertiger Unterricht ist, der verlässlich und nachhaltig angeboten werden kann. Auch eine diskutierte probeweise Einführung wurde ablehnend betrachtet, da man keine Experimente mit Schülerinnen und Schülern sowie mit Lehrkräften machen möchte. Es wurde daher die Beschlussempfehlung an den Amtsausschuss gegeben, den Sekundarbereich am Schulstandort Lunden mit Auslauf des Schuljahres 2014/2015 aufzulösen.

Herr Petersen spricht sich für den jahrgangsübergreifenden Unterricht im Sekundarstufenbereich aus. Er warnt vor einer Explosion der Schulkostenbeiträge,

wenn mit Schulabmeldungen zu rechnen ist, da der öffentliche Personennahverkehr mit der Bahnlinie Hamburg-Westerland sowohl in nördliche als auch in südliche Richtung sehr gut ist.

Herr Maaß verweist auf gute Schülerzahlen in der Region. Er unterstreicht, dass die Verzögerung der geplanten Baumaßnahme am Schulstandort Lunden nicht der Schulträger zu verantworten hat, sondern durch die lange Bearbeitungsdauer beim Prüflingenieur entstanden ist.

Herr Walter spricht sich ebenfalls für den Erhalt der Sekundarstufe in Lunden aus und mahnt auch andere Konsequenzen wie z.B. die verringerte Freibades und einer Verlagerung von Lebensmittelpunkten an, die zum Niedergang des ländlichen Zentralortes Lunden führen kann.

Herr Meyer verweist auf die Aussagen vom Vertreter des Bildungsministeriums anlässlich der gemeinsamen Sitzung des Schulausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses bezüglich der Einführung des jahrgangsübergreifenden Unterrichts, die aufgrund des geringen Zeitfensters als Experiment an Kindern angesehen wird.

Frau Meier gibt zu bedenken, dass bei einem jahrgangsübergreifenden Unterricht bei zwei Jahrgängen insgesamt sechs Lernstufen in einer Unterrichtsstunde von 45 Minuten vermittelt werden sollen. Dies hält sie für nicht möglich und es findet ihrer Auffassung nach kein qualitativ guter Unterricht statt.

Herr Ahrens verweist auf jahrgangsübergreifenden Unterricht in anderen Bundesländern.

Herr Schütt fügt an, dass er sich für die Klassen 5 und 6 sowie 7 und 8 einen jahrgangsübergreifenden Unterricht vorstellen könnte, lediglich die Abschlussklassen 9 und 10 sollten dann in Hennstedt unterrichtet werden.

Beschluss:

Der Amtsausschuss folgt der Empfehlung des Schulausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses und beschließt die Auflösung des Sekundarbereichs an der Eiderlandschule in Lunden mit Auslauf des Schuljahres 2014/2015. Der Sekundarbereich der Eiderlandschule soll damit nur noch in Hennstedt erfolgen. Ein entsprechender Antrag des Schulträgers ist nach Anhörung der Schulkonferenz über die Schulrätin an die obersterste Schulaufsichtsbehörde zu stellen.

Der Schulträger soll jährlich prüfen, ob eine Wiedereinrichtung der Sekundarstufe I am Schulstandort Lunden möglich ist.

Stimmenverhältnis:

25 Ja-Stimmen, 15-Nein-Stimmen.

TOP 5. Beratung und Beschlussfassung über den Grundschulstandort Lehe

Herr Meyer verliest folgende Sitzungsvorlage:

Am Standort der Eiderlandschule in Lunden besuchen derzeit 111 Kinder den Primarbereich. In der Außenstelle Lehe werden derzeit 45 Kinder unterrichtet. Die Entwicklung der Geburtenzahlen zeigt an beiden Standorten bis zum Jahre 2020 eine leicht steigende Tendenz an. Ein solider Grundschulstandort ist somit für die Zukunft gegeben.

Die Rahmenbedingungen stellen sich wie folgt dar:

Die Bewirtschaftungskosten für das Gebäude Süd in Lunden belaufen sich auf rund 125.000 Euro/Jahr. Darin enthalten sind Kosten für Versicherung, Abfallentsorgung, Stromkosten, Wasser/Abwasser, Erdgas, Fensterreinigung, Reinigungsmittel, Wartungskosten für die Heizung, Reinigungskräfte sowie Hausmeister.

Für den Schulstandort Nord belaufen sich die Bewirtschaftungskosten auf 115.000 Euro sowie für Lehe auf 30.000 Euro, die anteiligen Kosten für den Hausmeister sind in Lehe nicht enthalten. Durch die geplante Baumaßnahme am Standort Süd fallen die Bewirtschaftungskosten für den Standort Nord nach Veräußerung des Gebäudes weg.

Als investive Maßnahmen fallen für das Gebäude Süd rund 900.000 Euro an, diese Mittel sind bereits durch Kreditaufnahme vorhanden. Für das Gebäude in Lehe sind vorrangig investive Kosten für den Brandschutz notwendig sowie für die Einhaltung der Anforderungen der Unfallkasse Schleswig-Holstein. Diese belaufen sich nach Schätzungen des Technikers auf rund 50.000 Euro. Diese Summe wurde im Haushalt 2015 bereitgestellt. Die Turnhalle in Lehe wurde von der Unfallkasse dahingehend bemängelt, dass nunmehr kein Sportunterricht nach Lehrplan angeboten werden kann. Die Lehrer Kinder werden daher nach Lunden zum Sportunterricht gebracht. Mittelfristig steht eine Sanierung des Daches, der Flachdächer und Fenster an, diese Kosten belaufen sich laut Schätzungen auf ca. 153.000 Euro. Die Heizungsanlage ist ebenfalls sanierungsbedürftig, dort bietet sich jedoch eine Versorgung mit Nahwärme an, so dass diese Kosten hier nicht aufgeführt werden. Anzumerken ist, dass das Amt KLG Eider nicht Eigentümer des Gebäudes ist.

Am Schulstandort Lunden ist eine Offene Ganztagschule eingerichtet, die selbstverständlich auch von den Lehrer Kindern mit genutzt werden kann. Eine Schulsozialarbeiterin in Vollzeit ist ebenfalls am Standort Lunden vorhanden. Die Lehrer Kinder werden an einem Vormittag in der Woche betreut. Die Kosten für die Schulsozialarbeit als auch für die OGS belaufen sich 90.000 Euro.

In Lunden werden die Kinder einzügig unterrichtet. In der 1. Klasse sind zurzeit 25 Kinder, in der 2. und 3. Klasse je 28 Kinder sowie in der 4 Klasse 30 Kinder. Für das nächste Schuljahr sind 22 Anmeldungen vorhanden. In Lehe findet ein jahrgangsübergreifender Unterricht statt und zwar werden die Klassen 1 und 2 (insgesamt 27 Kinder) zusammen unterrichtet sowie die Klassen 3 und 4 (insgesamt 18 Kinder). Für das nächste Schuljahr stehen 10 Einschulungen an.

Die beiden Schulstandorte befinden sich in einer Entfernung von 2,8 km zueinander.

Die Grundschulsituation Lunden / Lehe kann sich zukünftig wie folgt darstellen:

1. Beibehaltung der jetzigen Situation, d.h. Fortführung der Grundschule in Lunden und Lehe im Rahmen der Eiderlandschule mit den Konsequenzen, dass umgehend die geforderten baulichen Maßnahmen in Lehe umgesetzt werden. Ebenso werden die Umbaumaßnahmen am Standort Schule Süd in die Wege geleitet.
2. Zusammenführung der Standorte Lunden und Lehe zu einem Grundschulstandort in Lunden im Rahmen der Eiderlandschule. Die Umbaumaßnahmen sowie die Bewirtschaftungskosten in Lehe entfallen, die Umbaumaßnahme in Lunden wird in die Wege geleitet. Nutzung aller schulischen Angebote für alle Schülerinnen und Schü-

ler an allen Schultagen. Je nach Klassengröße kann eine Zweizügigkeit angeboten werden.

3. Bei Wegfall der Sekundarstufe in Lunden wäre die Einrichtung einer neuen Grundschule unter einer neuen Schulleitung möglich. Die Zusammenführung der beiden Standorte Lunden und Lehe sollte dabei angestrebt werden. Die Umbaumaßnahme am Standort Süd würde sich dann in der Planung auf einen modernen Grundschulstandort mit Schulsozialarbeit und OGS beziehen.

Die rechtliche Situation stellt sich für die vorgestellten Varianten wie folgt dar:

Zu 1.: Eine Beschlussfassung des Schulträgers dahingehend, dass alles bleibt, wie es ist.

Zu 2.: Die Auflösung eines Standortes beschließt der Schulträger. Die Schulkonferenz wird angehört. Ein entsprechender Antrag ist über die Schulrätin an das Ministerium zu richten.

Zu 3.: Die Einrichtung einer neuen Grundschule unter einer neuen Schulleitung beschließt ebenfalls der Schulträger. Über die Schulrätin ist ein Antrag an das zuständige Ministerium zwecks Genehmigung einer neuen Grundschule zu richten.

Die Mindestgröße für eine eigenständige Grundschule beträgt nach der Mindestgrößenverordnung 80 Schülerinnen und Schüler. Wie eingangs erwähnt besuchen insgesamt 156 Kinder die Standorte Lehe und Lunden. Allein am Standort Lunden werden in den nächsten Jahren nach den vorliegenden Geburtenzahlen um die 110 Kinder die Schule in Lunden besuchen. Würden die Kinder aus Lehe und St. Annen hinzukommen, könnte aller Voraussicht nach eine zweizügige Grundschule entstehen.

Der Schulausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung am 12.05.2015 ausführlich mit dem Grundschulstandort Lunden mit Außenstelle Lehe beschäftigt. Nachdem im vorangegangenen Tagesordnungspunkt dieser Sitzung die Schließung der Sekundarstufe am Standort Lunden dem Amtsausschuss empfohlen wurde, hat sich ein einstimmiges Votum durchgesetzt, eine eigene Grundschule unter einer neuen Schulleitung am Standort Lunden zu etablieren. In der anschließenden Diskussion wurde dem Amtsausschuss mehrheitlich die Aufgabe der Außenstelle Lehe empfohlen. Eine Mehrheit des Gremiums sieht mit der Errichtung einer Grundschule unter einer neuen Leitung an einem Standort in Lunden eine echte Chance, einen langfristig gesicherten, hochqualitativen Grundschulstandort zu schaffen. Die geplanten Umbaumaßnahmen können in Anpassung an eine Grundschule durchgeführt werden.

Herr Kring spricht sich für den Erhalt des Grundschulstandortes Lehe aus. Unter anderem begründet er dies mit konstanten/steigenden Schülerzahlen, die für ihn die Zufriedenheit der Eltern ausdrückt. Außerdem ist aufgrund dieser stabilen Schülerzahlen kein Handlungsbedarf des Schulträgers gegeben. Er bittet darum, nicht mit Leher Kindern zu experimentieren.

Herr Thiede stellt die Aktivitäten der Eltern und der Bevölkerung seit der letzten gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Haupt- und Finanzausschuss dar. Dies zeigt eindeutig, dass die gesamte Gemeinde hinter der Außenstelle in Lehe steht.

Zu den im Haushalt veranschlagten Kosten von 50.000 € zum Weiterbetrieb des Schulstandortes Lehe legt er andere Angebotszahlen vor, die einen wesentlich geringeren Investitionsaufwand darstellen. Er gibt zu bedenken, dass diese mit nicht zahlbaren Schulkostenbeiträgen gegengerechnet werden müssten. Nach seinem derzeitigen Informationsstand müssten bei einer Schließung der Außenstelle mit zu zahlenden Schulkostenbeiträgen von 50.000 € pro Jahr gerechnet werden. Dies darf der Schulträger nicht den Gemeinden aufbürden. Er plädiert dafür, den Schulstandort zu behalten, so dass aufgrund von Elternwillen ggfs. ein langsames Zusammenwachsen mit Lunden möglich ist. Auch hinsichtlich der vom Schulträger aufgeführten mittelfristig notwendigen Investitionen spricht er sich kritisch aus.

Herr Franck stellt die Chance eines Neuanfangs einer eigenständigen Grundschule mit neuer Leitung dar. Er plädiert nicht aus rein ökonomischen Gründen zu handeln, sondern spricht sich für die Einrichtung in Lunden mit einer Außenstelle Lehe aus.

Herr Witt spricht sich dagegen für Lunden als einzigen Schulstandort aus und verweist auf die optimalsten Startbedingungen für eine neue Grundschule. Zwei Standorte in so kurzer Distanz bei klassenweisen bzw. jahrgangsübergreifenden Unterricht stellt seines Erachtens nach gleich eine Belastung für die neue Schulleitung dar. Des Weiteren findet er die Drohung der Eltern mit Abmeldungen kontraproduktiv.

Frau Witt plädiert für den Schulstandort Lehe, da auch zum 01.08.2015 noch keine Schulleitung vorhanden ist.

Herr Franck betont, dass der wichtigste Faktor ein funktionierendes Innenleben einer Schule darstellt und dass ein Elternwille nicht mit Sachargumenten beeinflussbar ist.

Herr Wiborg unterstreicht die große Chance, die eine neue Grundschule am Standort Lunden mit dem Raumangebot, Ausstattung und weiteren Randbedingungen hat. Darüber hinaus verweist er, dass bei Lehrerausfall in Lehe dies immer zu Lasten der Unterrichtsversorgung in Lunden gehen würde, wenn man an zwei Standorten festhalten würde.

Herr Thiede macht nochmals deutlich, dass in den nächsten Jahren am Standort Lehe wahrscheinlich über 50 Kinder eingeschult werden könnten. Sollte der Schulträger an der Beschlussempfehlung festhalten, gibt es einen irreparablen Bruch im Amtsbereich.

Herr Lorenzen unterstreicht die Ressourcen, die der Schulträger am alleinigen Standort Lunden mit Lehrerstunden, Schulsozialarbeit und offener Ganztagschule hätte. Wenn man an zwei Standorten festhalten würde, müssten diese Ressourcen aufgeteilt werden, d.h. keiner bekommt alles. Dies wäre nur möglich, wenn alles unter einem Dach bestünde. Es darf nicht nur an die 44 Kinder in Lehe, sondern an die 156 Kinder in Lunden und Lehe gedacht werden. Des Weiteren sollten auch der neuen Schulleitung keine Problemfelder in den Starttrucksack gesteckt werden.

Herr Thiede unterstreicht die Aussagen von Herrn Lorenzen, dass alles an einem Standort besser wäre, fügt aber auch hinzu, dass es für die Schulleitung eine Herausforderung wäre, zwei Standorte zu leiten. Des Weiteren ist er der Meinung, dass in Lehe ein Bedarf an Schulsozialarbeit und offener Ganztagschule nicht gegeben ist.

Herr Meyer resümiert, dass die Einrichtung einer Grundschule weniger problematisch gesehen wird, als die Standortfrage. Er wird daher die Empfehlung der Fachausschüsse aufteilen und zwei Beschlüsse herbeiführen. Dem wird nicht widersprochen.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt

- die Beschulung des Primarbereichs in Lehe und Lunden aus der Eiderlandschule herauszulösen und hierfür
- eine eigenständige Grundschule mit neuer Schulleitung einrichten zu wollen.

Dies sollte zum Schuljahresbeginn 2015/16 umgesetzt werden. Diese neue Grundschule wäre damit für die Gemeinden Groven, Hemme, Karolinenkoog, Krempel, Lehe, Lunden, Rehm-Flehde-Bargen und St. Annen zuständige Schule i. S. des § 24 SchulG. Ein entsprechender Antrag seitens des Schulträgers zwecks Genehmigung einer eigenständigen Grundschule ist über die Schulrätin an die oberste Schulaufsichtsbehörde zu stellen.

Stimmenverhältnis:

39 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung.

Beschluss:

Die Einrichtung der gerade beschlossenen Grundschule soll ausschließlich am Schulstandort Lunden erfolgen. Die Außenstelle Lehe wird gleichzeitig aufgegeben.

Stimmenverhältnis:

23 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Bürgermeister Thiede verlässt um 21.30 Uhr die Sitzung. Er stellt seinen Sitz im Schulausschuss zur Verfügung.

TOP 6. Informationsblatt des Amtes KLG Eider

Herr Amtsvorsteher Meyer gibt den Antrag von Frau Riecke bekannt. Des Weiteren zitiert er aus dem Schreiben der Bürgerwindpark Eider Verwaltungs-GmbH vom 11.05.2015, wonach ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 10.000 € für die Erstellung und den Vertrieb –begrenzt auf drei Jahre- zur Verfügung gestellt wird. Ebenfalls wird sich der Bürgerwindpark Hennstedt unbefristet mit 5.000 € pro Jahr an den Kosten eines Informationsblattes beteiligen.

Herr Amtsvorsteher Meyer erklärt, dass in Zeiten knapper Kassen jegliche freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gehören. In diesem Zusammenhang erwähnt er die Empfehlung des Gemeindeprüfungsamtes.

Herr Lahrsen begründet sein Abstimmungsverhalten in der letzten Sitzung des Amtsausschusses und verweist darauf, dass die Verwaltung nicht für nichtamtliche Informationsweitergabe verantwortlich sein kann. Frau Riecke gibt weitergehende Erläuterungen zu ihrem Antrag ab.

Beschluss:

Auf Antrag von Amtsvorsteher Meyer wird der Beschluss zu Tagesordnungspunkt 4 der Amtsausschusssitzung vom 26.03.2015 (amtliche Bekanntmachungen ausschließlich über das Internet vorzunehmen) aufgehoben. Mit dem Verlag Linus-Wittich ist ein Ver-

trag mit gleichen Konditionen bis zum 31.12.2015 abzuschließen. Außerdem ist der Vertrieb für den 01.07. – 31.12.2015 zu regeln. Dies gilt mit der Maßgabe, dass durch eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Frau Riecke, Herrn Lahrsen, Herrn Schütt, Frau Meier und Frau Jasper sowie dem lfd. Verwaltungsbeamten bis zum 30.09.2015 ein schlüssiges Konzept für eine mögliche Aufrechterhaltung eines Informationsblattes über den 31.12.2015 hinaus vorgelegt werden kann.

Stimmenverhältnis:

38 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung.

TOP 7. Beratung und Beschlussfassung über die Gewährung eines Eigenanteils für das Mobilitätskonzept der Gebietskulisse LAG AktivRegion Eider-Treene-Sorge e.V.

Die für die neue Förderperiode 2014 – 2020 neu erstellte Integrierte Entwicklungsstrategie (IES) der AktivRegion Eider-Treene-Sorge beinhaltet unter anderem das Kernthema Mobilität. Die LAG hat dafür eine Fördersumme von 70.000,00 Euro für ein Konzept und daraus folgende Sensibilisierungsmaßnahmen festgelegt. Ziel ist die Unterstützung bei der Entwicklung eines integrativen Mobilitätssystems der Flächenerschließung. Hierzu hat sich die LAG bereits mit vielen Akteuren, allen Ämtern, Kreisen und der nah.sh GmbH vernetzt, um einen Entwicklungsprozess aus dem ländlichen Raum heraus zu beginnen, der auch aus dem ländlichen Raum entwickelt wird. Das Projekt „Mobilitätskonzept“ wird über die Nationale Klimaschutzinitiative als Klimaschutz-Teilkonzept beantragt, um nachgelagert auch Zugriff auf weitere Fördermittel zu erhalten. Die Rahmenbedingungen zu investiven Maßnahmen sollte bei Bedarf und im Anschluss an die Konzepterstellung (Mitte bis Ende 2016) mit der zuständigen Stelle geklärt werden.

Die AktivRegion steuert 30.000,-- Euro für das Mobilitätskonzept als Drittmittel bei. Der Kostenanteil für das Amt Kirchspielslandgemeinden Eider als Verbundpartner der AktivRegion sowie als Vertreter in der lokalen Aktionsgruppe (LAG AktivRegion Eider-Treene-Sorge) würde sich auf 5.901,21 € belaufen. Die Finanzierungsgrundlage für den jeweiligen Eigenanteil ergibt sich aus der Anlage. Gleichzeitig muss für die Sicherstellung der Kofinanzierung die anliegende Kooperationsvereinbarung unterzeichnet werden.

Beschluss:

Der Amtsausschuss des Amtes KLG Eider beschließt den Abschluss der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Amt KLG Eider als Verbundpartner und der AktivRegion Eider-Treene-Sorge e. V. als Kooperationspartner für das Projekt „Erstellung eines Mobilitätskonzepts“. Gleichzeitig stellt das Amt KLG Eider die Kofinanzierung für den anteiligen Eigenanteil der Maßnahme in Höhe von 5.901,21 € sicher.

Stimmenverhältnis:

35 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 3 Abwesende.

TOP 8. Auftragsvergabe für die Fenstersanierung Teil II an der GGS Tellingstedt

Im Bereich des Erdgeschosses im Gebäude I der GGS Tellingstedt sollen neue Fenster eingesetzt werden. Hierbei handelt es sich um die Fortführung der Baumaßnahme

Fenstersanierung Teil I. Im Haushalt 2015 sind insgesamt 65.000,- Euro für den 2. Abschnitt eingeplant worden. Insgesamt werden 16 Fenster im 2. Bauabschnitt ausgetauscht. Die am 28.04.2015 stattgefundenene Submission für den 2. Abschnitt hat ergeben, dass die Fa. Marhold aus Wrohm wirtschaftlichster Bieter mit einer geprüften Angebotssumme in Höhe von 41.865,39 € ist. Fa. Marhold hat auch schon den Auftrag für den 1. Bauabschnitt bekommen. Angrenzend an den ausgeschriebenen 2. Bauabschnitt grenzen vier Fenster des Technikraumes. Diese könnten im Rahmen eines Nachtrags im Zuge der Baumaßnahme mit ausgetauscht werden. Die Mehrkosten belaufen sich auf ca. 10.000,- Euro und würden durch die vorhandenen Haushaltsmittel gedeckt sein. Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 28.04.2015 eine dahingehende Beschlussempfehlung gegeben.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, den Auftrag für die Fenstersanierung Teil II an die Fa. Marholdt aus Wrohm mit einer Bruttoangebotssumme in Höhe von 41.865,39 Euro zu vergeben. Gleichzeitig wird beschlossen, auch die verbleibenden vier Fenster im Bereich des Technikraumes im Zuge dieser Baumaßnahme mit auszutauschen.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig.

TOP 9. Bekanntgabe der Submissionsergebnisse für den Erweiterungsbau am Amtsgebäude sowie Genehmigung der Auftragserteilung

Herr Amtsvorsteher Meyer verweist auf die mitgeführten Unterlagen, aus denen sich für die einzelnen Gewerke die Angebote der einzelnen Firmen sowie die jeweils günstigsten Bieter ergeben. Nach dem derzeitigen Vergabeverfahren belaufen sich die Kosten auf rund 1.500.000 € gegenüber der Kostenschätzung vom 19.01.2015 in Höhe von rund 1,6 Millionen €, so dass eine Einsparung von etwas mehr als 100.000 € denkbar wäre.

TOP 10. Beratung und Beschlussfassung über die Aufstockung des Zuschusses für die Schulsozialarbeit an der GGS Tellingstedt

Am 08.07.2014 hat der Schulausschuss beschlossen, durch die nicht in Anspruch genommenen Fördermittel der Schulsozialarbeit an Grundschulen für das Jahr 2013 sowie die freiwerdenden Kosten der bis dato eingesetzten Koordinatorin für Schulsozialarbeit, eine zusätzliche Stelle an der GGS Tellingstedt zu schaffen. Diese Stelle wurde mit 20 Stunden von der IUVO gGmbH ausgeschrieben. Leider hat sich bis zum heutigen Zeitpunkt niemand auf diese Stelle beworben. Diese zusätzliche Kraft soll an der GGS Tellingstedt überwiegend im Primarbereich eingesetzt werden. Zurzeit übernimmt die Schulsozialarbeiterin der Eiderschule auch ein Teil der Schulsozialarbeit im Primarbereich in Tellingstedt. Dadurch fehlen an der Eiderschule sowie auch an der GGS Tellingstedt Stunden der Schulsozialarbeit. Geplant war, dass die Schulsozialarbeiterin der Eiderschule zum 01.01.2015 nur noch Schulsozialarbeit an der Eiderschule tätigt. Gerade durch die Weggänge der beiden Bürgerarbeiterinnen fehlt auch hier zusätzliches Personal an allen Ecken. Durch den Weggang der Kraft zur Eiderschule würde an der GGS Tellingstedt kaum Schulsozialarbeit im Primarbereich getätigt werden. Deshalb sollte möglichst zeitnah geeignetes Personal gefunden werden, um dort die Lücke zu schließen und für beide Schulen ein gutes Ergebnis zu erzielen. Denn gerade

Schulsozialarbeit ist ein fester Bestandteil der Schule geworden und in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden. Die Kosten für eine Vollzeitstelle belaufen sich zwischen 42.000 Euro und 45.000 Euro (je nach Berufserfahrung). Für eine 20-Stunden-Stelle wurden bereits 21.500 Euro im Haushalt eingeplant. Somit würden zwischen 20.500 Euro und 23.500 Euro an Mehrkosten für das Haushaltsjahr 2015 anfallen.

Der Schulausschuss sowie der Haupt- und Finanzausschuss des Amtes KLG Eider haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung am 12.05.2015 einstimmig für eine Aufstockung der Halbtagsstelle auf eine Vollzeitstelle ausgesprochen und dies dem Amtsausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt eine Aufstockung des Zuschusses auf eine Vollzeitstelle für die zusätzliche Stelle Schulsozialarbeit an der Grund- und Gemeinschaftsschule Tellingstedt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der IUVO gGmbH Kontakt aufzunehmen, damit unverzüglich eine entsprechende Stellenausschreibung vorgenommen wird.

Stimmenverhältnis:

38 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme.

TOP 11. Eingaben und Anfragen

- a) Herr Schütt ist enttäuscht über die Betreuung durch den Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag Landesverband. In eigener Sache hatte er mehrfach fernmündliche Anfragen gestellt und keinerlei Rückmeldung erhalten. Herr Witt wird auf der morgigen Sitzung des Landesvorstandes dies mit dem Geschäftsführer, Herrn Bülow, erörtern.
- b) Frau Riecke regt an, den öffentlichen Personennahverkehr regional mit eigenen Angeboten zu verbessern, da die Busverbindungen ausgedünnt werden. Herr Amtsvorsteher Meyer verweist auf die geplante Regionalkonferenz, die dies zum Thema haben sollte.
- c) Herr Oetjens bittet den Amtsvorsteher um Prüfung, ob die Klever Kinder nicht die vorhandene Busverbindung nach Hennstedt kostenlos mitnutzen könnten. Hier sagt Herr Meyer Prüfung zu.

(Meyer)
Vorsitzender

(Johannsen)
Protokollführer